

Wie kommt es aber, daß die Moskauer trotzdem eine solche Forderung erheben?

Zur Beantwortung dieser Frage ist es nötig, sich die Natur der dritten Internationale klarzumachen. Sie ist keine Zusammenfassung der sozialrevolutionären Parteien. Ihr gehören außer der noch zu „reinigenden“ italienischen Partei und den skandinavischen Linkssozialisten, keine westeuropäischen Parteien an; dafür umfaßt sie Vertreter, die verschiedenen Staaten und Stämmen Asiens angehören, die eine revolutionäre, vor allem gegen die englische oder japanische Oberherrschaft gerichtete Tendenz repräsentieren, nicht aber den modernen Sozialismus. Die dritte Internationale ist eben ein revolutionärer Aktionsausschuß, der von der Auffassung ausgeht, daß die revolutionäre Erhebung in Westeuropa unmittelbar bevorsteht. Er sucht die beginnende revolutionär-nationale Bewegung der bisher geschichtslosen Nationen Asiens mit der sozialistisch-revolutionären Europas zu vereinen. Von der Ueberzeugung erfüllt, daß die russische Sowjetrepublik nur behauptet werden kann, wenn der Sozialismus auch im entwicklungsten Westen zum Siege gelangt, sucht die Moskauer Exekutive die Leitung dieses Prozesses zu übernehmen. Ohne auf die Einzelheiten dieser Auffassung einzugehen, übersteht diese doch vor allem die Unmöglichkeit, den Weg und den Zeitpunkt der revolutionären Erhebung von außen zu bestimmen. Wir verstehen den Moskauer Anspruch aus der außerordentlichen Situation. Es ist aber gerade umgekehrt wie die Moskauer meinen. Gerade die revolutionäre Situation macht die einzelnen politischen Entscheidungen um so schwieriger und verantwortungsvoller. Gerade dann sind die Machtverhältnisse labil, schwankend, in beständigem Fluße, sehen besondere Vertrautheit mit den eigenen Verhältnissen des Landes voraus. Gerade dann sind auch die Entscheidungen weittragender und verantwortungsvoller. Wir müssen die Moskauer Bedingungen deshalb ablehnen, weil sie uns gerade dann, wenn es am nötigsten, verhindern, selbst Mittel, Wege, Ziel und Tempo der Aktion zu bestimmen. Die Moskauer halten die russische Revolution und die Sicherung ihres Erfolges für einen entscheidenden Inhalt der proletarischen Politik. Darin haben sie Recht. Falls ist aber ihre Schlussfolgerung, daß sie deshalb und sie allein die proletarische Politik in allen Ländern leiten und bestimmen können. Das ist ein Anspruch, der unmöglich ist und, wenn durchgesetzt, nur allzuleicht zu einer Niederlage des Proletariats dieser Länder führen kann. Denn die revolutionären Forderungen, die sich aus der russischen Situation jeweils ergeben und die naturgemäß die russischen Taktiker bestimmen, brauchen durchaus nicht mit den revolutionären Betätigungsmöglichkeiten der anderen Länder übereinzustimmen.

Ein Beispiel: Auf dem Gründungsparlament der Deutschen Kommunisten im Dezember 1918 erklärte Kadek, die russische Revolution müsse unter Umständen im Bunde mit dem revolutionären Deutschland im Kriege gegen Frankreich am Rhein verteidigt werden. An dieser Auffassung haben die russischen Kommunisten festgehalten. Deshalb forderten sie die Verwerfung des Versailler Friedens und die Erneuerung des Krieges mit Frankreich. Unter ihrem Einfluß haben die deutschen Kommunisten ebenso wie Scheidemann, die Demokraten und die Deutschnationalen die Ablehnung des Friedens gefordert. Die Unabhängige Sozialdemokratie trat für den Frieden ein; ihre energische Aktion, die im richtigen Moment einsetzte, hat damals den Ausschlag gegeben und den Friedensabschluss erreicht. Die glänzenden Demonstrationen hatten bewiesen, daß die arbeitenden Massen weit über die Grenzen der Partei hinaus hinter dieser, allein möglichen und richtigen Politik gestanden haben. Die Massen ließen die kommunistische Parole völlig unbeachtet. Wären damals aber die Bedingungen von Kossau bereits angenommen worden, so hätte die Unabhängige Sozialdemokratie ihre Friedensaktion nicht führen dürfen, sie hätte vielmehr den Ausschlag für die Politik Stämpfers und Scheidemanns geben müssen! Die Folge wäre aber eine unabsehbare Katastrophe geworden, die Zerreißung Deutschlands und damit der deutschen Arbeiterklasse und ihre völlige Ohnmacht.

Die Frage nach Krieg und Frieden bleibt aber in ihrer ganzen ungeheuren Tragweite bestehen. Als die bolschewistische Heere an den ostpreussischen Grenzen standen, als die Sowjetisierung Polens in naher Aussicht schien, da rechneten die Russen, daß eine revolutionäre Erhebung in Deutschland in naher Zeit erfolgen könnte. Würde Frankreich, wie man glaubte, etwa durch Besetzung des Ruhrreviers eingreifen, dann wäre die Stimmung geschaffen, in der Deutschland im Bunde mit Russland den Versailler Frieden gewaltsam zerreißt und Krieg gegen Frankreich führen könnte. Die deutschen Kommunisten hätten die Pflicht, mit allen Mitteln für diese Kriegspolitik einzutreten.

Der Rückzug der russischen Truppen hat nur die Bedingungen der Ausführung geändert, nicht aber die politische Auffassung selbst. Das polnische Vordringen hat die Lage der russischen Regierung immerhin erschwert, ihr Bedürfnis nach Unterstützung gesteigert. Die Unterbindung der Waffenzufuhr nach Polen erscheint nicht genügend. Ganz anders wäre die Hineinziehung Deutschlands in den Krieg mit Frankreich. Daher die systematische und sich täglich steigende Kriegstreiberi der deutschen kommunistischen Partei, die unausgesetzte Agitation der „Roten Fahne“ zur „Aktivität“, zur Aufgabe der Neutralität, zur „revolutionären“ Zerreißung des Versailler Vertrages.

Es besteht kein Zweifel, daß die deutschen Kommunisten mit dieser Kriegspolitik im Einverständnis mit den russischen vorgehen glauben. Ebensowenig aber besteht ein Zweifel, daß es sich dabei um eine Frage auf Leben und Tod handelt, um eine Politik, die nach den Machtverhältnissen, wie sie in Deutschland und Frankreich wirklich sind und nicht nur in den Illusionen einzelner Führer sich darstellen, nur mit einer fürchterlichen Katastrophe enden kann.

Aber über diese Lebensfrage soll nach den Moskauer Bedingungen das deutsche Proletariat, sollen die arbeitenden Massen gar nicht selbständig entscheiden dürfen! Darüber darf in der der Aufsicht der Leitung unterworfenen Presse nicht diskutiert werden. Darüber entscheidet auch nicht die Leitung der deutschen Partei, darüber beschließt endgültig das Moskauer Exekutivkomitee!

Und da fragen wir: Wie ist es denkbar, daß irgendein Mann mit selbständigem Urteilsvermögen, irgendein Mann mit einer Spur von Verantwortlichkeitsgefühl einer Partei angehören kann, der solche Bedingungen aufgelegt sind? Ist es denkbar, daß eine westeuropäische Arbeiterklasse gerade in revolutionären Zeiten sich einer solchen Organisation unterwirft, die jede Selbstbestimmung, jede Selbstbetätigung ausschließt?

Das ist undenkbar und deshalb ist es unmöglich, unter solchen Bedingungen sich der Moskauer Internationale anzuschließen.

Strafbare Verbungen

Wie das Reichswehrministerium Regierungsverordnungen erfüllt

Vom Republikanischen Führerbund wird uns geschrieben:

Nach den Kapplagen wurde jedes Anmerken von Freiwilligen für irgendwelche Formationen von der Reichsregierung verboten und mit strengen Strafen bedroht.

An diese Verordnung weicht aber das Reichswehrministerium am allermeisten gedacht zu haben. Uns liegt ein Fall vor, der völlig beweist, daß das Reichswehrministerium geheime Verbungen lantktioniert und Anwerber sowie die Truppenteile, die den Auftrag dazu geben, in Schutz nimmt.

Am 23. April d. J. wurde in Ronneburg vom Staatsministerium Sachsen-Altenburg ein Werber namens Sergt. Schramm festgenommen, der verhaftet hatte, in Ronneburg zu werden. Man fand bei diesem Mann 26 Blankoausweise A und 26 Blanko-Erlaubnisheine zum Lösen von Militärfahrkarten. Die Scheine waren unterschrieben von Schulenburg, Oberleutnant und Komp.-Führer und gestempelt „Reitkorps von Meißel, Stadtpompanie“.

Ein Leute waren bereits in Ronneburg gemorben und das Staatsministerium Sachsen-Altenburg berichtet den Vorgang an den Reichswehrminister Dr. Gehler.

Schramm hatte den Auftrag zu werden von dem Bail Brandenburg in Münster i. Westf. erhalten und letzte sich nach seiner Inhaftierung telegraphisch mit seinem Bataillon in Verbindung. Die Veruche des Bail und des Wehrkreiskommandos 6, dem des Bail Brandenburg unterstellt war, Schramm frei zu bekommen, blieben wegen der korrekten Haltung des Staatsministeriums Sachsen-Altenburg erfolglos. Man wollte den Mann nicht eher freilassen, bis der Reichswehrminister den Fall entschieden habe.

Und die Entscheidung fiel!

An das Staatsministerium, Abteilung des Innern, wurde am 13. Juli d. J. folgender Brief geschickt:

Reichswehrministerium
Heeresleitung
Allgemeines Truppenamt
Nr. 121. 7. 20. T. 1. 3.

Zum vorzigen Schreiben 1. J. vom 1. 7. 20 wird mitgeteilt, daß die Untersuchungen keine Anhaltspunkte für strafbare Handlungen des Bail Brandenburg bzw. Sergeanten Schramm ergeben hat. Das Bail hat am 19. 4. den Sergt. Schramm mit Übernahme nichtöffentlicher Verbungen beauftragt. Es war hierzu berechtigt, da seine Auflösung erst zum 1. 5. angeordnet war.

J. A. gez. von Schleicher.

Ein Truppenteil, der am 1. Mai aufgelöst werden soll, bekommt vom Reichswehrministerium das Recht zugelassen, am 19. April noch Anwerber zu dürfen.

Das Reichswehrministerium und der Kopf desselben macht sich durch eine derartige Auslegung einer Regierungsverordnung vor allen Dingen strafbar! Das Bataillon macht sich durch diese Handlung der verschiedensten Vergehen strafbar! Zunächst wegen Uebertretung der Regierungsverordnung, die Anwerbungen verbietet, dann aber auch wegen Benutzung falscher Formulare! Woher nimmt das Bataillon Brandenburg das Recht, Blankoausweise mit dem Stempel Reitkorps Meißel, Stadtpompanie zu verwenden?

Ein derartiges Arbeiten in einem Reichswehrministerium muß für die Zukunft unbedingt vermieden werden.

Und allein verantwortlich ist der Reichswehrminister Dr. Gehler!

Die Berliner Betriebsräte und der Boykott Polens

Die gestern abend stattgefundene Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbereiches Groß-Berlin beschloß nach kurzer Debatte einstimmig nachstehende Resolution:

„Die am 9. September 1920 stattfindende Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbereiches Groß-Berlin erklärt sich solidarisch mit den gemäßigten Elementen in Genuß und verpflichtet sich, sie mit allen zweckdienlichen Mitteln zu unterstützen.“

Die Generalversammlung erklärt es für dringend geboten, auch die „Polonia“-Züge auf Wallen und Munition zu durchsuchen und den Weitertransport von Kriegsgewehr zu verhindern.

Die Berliner Betriebsräte verpflichten sich, alles zu tun, was zur Durchführung der Blockade Polens und Unterbindung Sowjetrußlands nötig ist.“

Den Bericht über die Generalversammlung geben wir in der Abend-Ausgabe.

Die Verkehrskontrolle im Kaiser-Wilhelm-Kanal

SS. Holtmann, 9. September.

Zwischen der Direktion des Kaiser-Wilhelm-Kanals und den dort beschäftigten Arbeitern droht infolge der Differenzen über die Verkehrskontrolle ein Konflikt auszubrechen. Am gestrigen Mittwoch wurde von dem Betriebsrat der Kanalverwaltung ein von Guxhagen kommender dänischer Dampfer „Cavalla“ angehalten und mußte auf der Holtmanns Ahoede Anker werfen. Der Kapitän des Schiffes setzte sich mit der Direktion des Kaiser-Wilhelm-Kanals in Verbindung und Betriebsdirektor Admiral a. D. Petrusky gab dem dänischen Dampfer die Genehmigung zur Durchfahrt, da aus den Papieren hervorging, daß das Schiff mit Ladung aus Saloniki nach Dantsig unterwegs war. Der Schiffs-Betriebsrat weigerte sich jedoch, die „Cavalla“ durchzulassen, vielmehr zwang er den Kapitän, auf der Holtmanns Ahoede liegen zu bleiben. Das gleiche Schicksal traf den griechischen Dampfer „Jolante“, an dessen Bord sich angeblich polnische Offiziere, sowie Kriegsgewehr für Polen befinden sollen. Die beiden Dampfer durften bis zur Stunde ihren Ankerplatz nicht verlassen. Betriebsdirektor Petrusky begab sich heute selbst an Bord der beiden Schiffe, um Untersuchungen vorzunehmen. Die Bewachung der beiden Dampfer wird vorläufig vom Reichswasserschutzamt ausgeübt.

Stimmungsmache für Wrangel

Vorbereitung zum Neutralitätsbruch

Die völksparteiliche „Königsberger Allgemeine Zeitung“ bringt aus dem russischen Gefangenenlager folgende Nachricht:

„Es stellt sich immer mehr heraus, daß wohl der größte Teil der über die Grenze getretenen Russen keine Kommunisten sind. Es sind zum guten Teil zum Dienst gewaltsam ausgehobene, die völlig apathisch den politischen Ereignissen gegenüberstehen.“

Es macht sich unter den Russen vielfach eine sehr starke Pro-Kommunisten Stimmung bemerkbar, die sich unter anderem gegen die Kommissare richtet. Viele Offiziere und Mannschaften sollen Gesuche an die deutsche Bagerkommandantur gerichtet haben, sie zu General Wrangel abzuschließen, da sie gegen die Sowjetherrschaft kämpfen wollten. Die Russen in schweres Unglück geführt habe. Gleiche Gesuche sollen auch von Kosakenabteilungen eingereicht worden sein.“

Man merkt dieser Werbung an, daß rechtsstehende deutsche Kreise, die nach wie vor mit den russischen Konterrevolutionä-

nären konspirieren, jetzt wieder rührig bei der Arbeit sind, die internierten Russen der weißen Garde von Wrangel dienstbar zu machen. Neu wäre dieser Plan nicht. Hat man doch zur Zeit des Baltikumabenteuers in den Gefangenenlagern Verbungen für die Vermont-Armee veranstaltet. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die russischen Konterrevolutionäre, unterstützt von ihren deutschen Freunden, auch jetzt eine derartige Aktion unternehmen werden, für die die rechtsstehende Presse bereits Stimmung zu machen anfängt. Demgegenüber muß von den amtlichen Stellen verlangt werden, daß jeder Versuch einer solchen Propaganda in den Gefangenenlagern als Neutralitätsverstoß unterbunden wird. Daß jedes Abschließen der Gefangenen zu Wrangel als Neutralitätsbruch von der Arbeiterschaft auf das schärfste bekämpft werden würde, versteht sich von selbst.

Die amerikanischen Milchkuhe

Die eigenartige Haltung des Reichsernährungsministeriums

Die Öffentlichkeit wird seit einiger Zeit durch die Nachricht von unruhig daß 100 000 Milchkuhe, die Deutschland von amerikanischen Milchviehhändlern angeboten worden sind, aus blich wegen Transport-schwierigkeiten nicht abgenommen werden können. Zu dieser Angelegenheit erhalten wir vom Roten Kreuz eine längere Erklärung. Danach hat das Rote Kreuz der Reichsregierung am 2. August ein Telegramm vorgelegt, daß es beabsichtige, sich in dieser Sache an die Dairy Cattle Co. in Chicago zu wenden. Das Telegramm hatte den folgenden Inhalt:

„Deutsches Rotes Kreuz ist willens, seine Verbindungen in engster Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zur Verfügung der American Dairy Cattle Co. zu stellen. Wir sind gern bereit, sofort die Fracht- und die Verteilungsangelegenheiten in die Hand zu nehmen und in irgend einer anderen Weise zu helfen, die nötig ist, um eine schnelle Lösung der Frage des Problems herbeizuführen.“

Nach den Angaben des Roten Kreuzes erklärte der Reichsernährungsminister telegraphisch, daß er diese dröhnliche Mitteilung nach Amerika nicht billige und das Rote Kreuz ersuche, in der Angelegenheit des Transportes der Milchkuhe nichts zu unternehmen. Bevor diese Ablehnung des Reichsernährungsministers eintraf, hatte sich das Rote Kreuz umgehend nach Schiffsraum erkundigt und war innerhalb kurzer Zeit in der Lage, ein Angebot zu erhalten zu etwa 2700 Mk. pro Kuh. Nach dem hat das Rote Kreuz der Reichsregierung umgehend Mitteilung gemacht.

Wir sind nicht in der Lage, die Angaben des Roten Kreuzes nachzutragen. Versehen sie auf Richtigkeit, so wäre die Haltung des Reichsernährungsministeriums nicht nur unverständlich, sondern geradezu gefährlich. Eine sofortige Reueuerung halten wir deshalb für dringende Pflicht.

Warnung in letzter Stunde

Gegen die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung

Neude soll der volkswirtschaftliche Ausschuh die Beratung der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch beginnen. Die Lebensmittel-Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin hat an den Volkswirtschaftlichen Ausschuh V des Reichstages ein Telegramm gerichtet, in dem sie in letzter Stunde noch einmal auf das dringendste bittet, von über-eiltter Aufhebung der Fleischwirtschaft abzugehen. Von den 2 Mill. Tonnen Getreide, deren Ansammlung der Ernährungsausschuh zur Bedingung der Aufhebung gemacht hat, ist erst ein ganz kleiner Bruchteil vorhanden. Also besteht Unsicherheit und Gefahr auf den wichtigsten Ernährungsbereichen. Unzweifelhaft wird die Freigabe ein sehr starkes Aufschließen des Preises verursachen. Sie erwarten, wenn Nahrungsmangel und Teuerung, Kohlennot und Arbeitslosigkeit zusammenkommen, einen der schwersten Winter seit Kriegsbeginn.

Das Ueberschichtenabkommen

Gegen die Kohlenpreiserhöhung

Dr. Essen, 9. September.

In einer vom Zentralverband der Maschinisten und Feiler ab-rufenen Konferenz wurde zum Ueberschichtenabkommen im Bergbau Stellung genommen. In einer hierzu angenommenen Entschlieung wird u. a. gesagt: Die gestellte Forderung, 100 Proz. Zuschlag für Sonntagarbeit, die gleichzeitig bei dieser Verhandlung geteilt werden sollte, ist nicht in der gewünschten Form zur Regelung gekommen. Dagegen erkennt die Konferenz an, daß die getroffenen Vereinbarungen wesentliche Verbesserungen bringen und ist bereit, unter der Voraussetzung, daß sie gehalten werden, die Sonntagarbeit in der bisherigen Form fortzusetzen. Nachdem die Vertreter bei den Verhandlungen die Boreinbarungen unterzeichnet haben, halten es die Delegierten für ihre Pflicht, Disziplin zu üben und stellen sich mit bestem Vertrauen geschlossen hinter ihre Vertreter. Weiter erklärt die Konferenz, daß die Forderung nach Bezahlung der Sonntagarbeit mit 100 Proz. nicht fallen gelassen wird, sondern beauftragt ihre Vertreter, beim Abschluss des Rahmenvertrages dieselbe wieder aufzunehmen und durchzuführen, sowie bei allen kommenden Verhandlungen energisch für die Interessen der Kollegen einzutreten.“ In der Kohlenfrage wurde der Standpunkt eingekommen, daß man einer neuen Kohlenpreiserhöhung auf keinen Fall zustimmen könne, daß vielmehr ein anderer Ausgleich zur Deckung der durch die Lohnerhöhungen notwendig werdenden Aufwendungen gesucht werden müsse.

Milderung der Ausfuhrabgaben

Der Volkswirtschaftliche Ausschuh des Reichstages führte Mittwoch die Beratung der Anträge der bürgerlichen Parteien auf Aufhebung der Verordnung über die Ausfuhrabgaben zu Ende. Sie enthielten dabei, daß ihnen die gewollte Milderung der Kriegserwitwen und Waisen für die sie sonst einzutreten vorgehen, ganz gleichgültig ist. Denn ohne Rücksicht darauf, daß die Einnahmen aus der Ausfuhrabgabe für die bessere Versorgung der Kriegserwitwen und Waisen Verwendung finden sollen, suchten sie die Ausfuhrabgabe völlig außer Kraft zu setzen. Was sie damit wollen, legten die Deutschnationalen ganz offen. Die Industrie soll wieder zu „anständigen Erträgen“ kommen, das heißt also, die Zeit der Milliardengewinne, die die Industrie jetzt erst unmittelbar hinter sich hat, sollen wieder ausströmen, ohne Rücksicht auf die Folgen, die das für die notleidenden Massen haben muß. Mit aller Entschiedenheit begegneten die sozialdemokratischen Parteien diesem Verlangen. Und da selbst die Regierungsvorteiler sich gezwungen sahen, auf die schärfsten Bedenken hinzuweisen, die der völligen Aufhebung der Ausfuhrabgaben entgegenstehen, so wurde schließlich doch nur beschlossen, daß lediglich für einige Waren, deren Absatz im Ausland stodi, die Verordnung über die Ausfuhrabgabe vorübergehend außer Kraft gesetzt wird.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die blutige Lehre des Weltkrieges hat einen großen Teil des Proletariats zu der Ueberzeugung gebracht, daß es zur Verhinderung gleicher Tragödien unbedingt notwendig ist, dem internationalen Kapital eine seiner hauptsächlichsten Stützen zur Ausweitung seiner Klassenherrschaft, und zwar die Herstellung von Nordwerkzeugen, aus der Hand zu schlagen. Der internationale Gewerkschaftsbund hat in einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder die gewerkschaftlichen Organisationen der einzelnen Länder aufgefordert, alle Mittel zu ergreifen, um der Erzeugung von Waffen ein Ende zu bereiten. Getreu diesem internationalen Beschluß hat die Berliner Gewerkschaftskommission durch eine besondere Willensfindung die ihr angeschlossenen Organisationen verpflichtet, das ihrige zu der Verhinderung der Waffenfabrikation beizutragen.

Der in Berlin liegende Betrieb der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Wittenau, der während der Kriegszeit fast ausschließlich auf die Waffensabrikation eingestellt war, hat jetzt den Versuch unternommen, sich von jeher profitable Geschäft der Waffensabrikation erneut anzunehmen, und zwar nicht nur für Luxus- und Jagdwaffen, sondern auch für ausgeprobenes Heereswaffen.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die sich verpflichtet fühlt, die internationalen sowie die örtlichen Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, forderte die in der Waffenabteilung beschäftigten Arbeiter auf, die Waffensabrikation einzustellen. In dieser Abteilung war das Organisationsverhältnis ein nicht besonders günstiges, und zwar gehörte ein ziemlich Prozentsatz des revolutionären Betriebsorganisation an. Auch sind in der Abteilung ein Teil von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigt, die die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erkannt haben. Nachdem wir in verschiedenen Versammlungen die Meinung der Arbeiterschaft klären wollten, zog auch die revolutionäre Betriebsorganisation die Konsequenz und schloß ihre Mitglieder, die in der Waffenabteilung arbeiteten, aus der Betriebsorganisation aus. Es war also nun der Zustand zu verzeichnen, daß neben einem Prozentsatz gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ein ziemlich ebenso großer unorganisiertes in der Abteilung vorhanden war. In einer erneuten Versammlung verlangten wir von allen in der Abteilung beschäftigten Arbeitern, daß sie ein Mitspracherecht gegenüber der gesamten Arbeiterschaft die Waffensabrikation einzustellen und den Betrieb zu verlassen. Der übergröÙe Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter leistete dieser Aufforderung bedingungslos Folge, trotzdem eine große Anzahl Kollegen darunter war, die eine lehr- bis ess-monatliche Erwerbslosigkeit hinter sich hatten. Auch ein Teil der unorganisierten hat sich unseren Kollegen angeschlossen. Der größte Teil der unorganisierten und auch diejenigen, die bis vor kurzem der revolutionären Betriebsorganisation angehört, haben dem Ruf nicht Folge geleistet, sondern stellen weiter ihre Arbeit zur Herstellung von Nordwerkzeugen zur Verfügung. Soweit es die Möglichkeit war, wurde ein kleiner Teil der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die zum Teil schon auf eine langjährige Mitgliedschaft zurückblicken.

Infolge dieses Besorgens der vom Metallarbeiter-Verband zur Aktion aufgerufenen Arbeiter besteht die Befürchtung, daß es nicht möglich sein wird, die Waffensabrikation in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken zu unterbinden und daß die Firma mit allen Mitteln versuchen wird, zur Auffüllung der gelichteten Bestände Arbeitskräfte für diese Fabrikation zu bekommen. Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes appelliert an das Solidaritätsgefühl des gesamten Arbeiterverbandes, den die Verwaltungsstelle Berlin zur Unterbindung der Waffensabrikation ausgenommen hat, von der gesamten Arbeiterschaft die bedingungslose Unterstützung erbittet und daß es durch die Verletzung der Solidarität möglich ist, zu erreichen, was auf dem Wege der Betriebsaktion nicht zu erzielen war.

Hoch die Solidarität!

Nieder mit der Waffensabrikation!

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin.

Gewaltmaßnahmen gegen die Danziger Arbeiterschaft

Von Bruno Gebauer, Danzig.

Die Danziger Arbeiterschaft befand sich bekanntlich seit einigen Wochen im wirtschaftlichen Kampf gegen den polnischen Imperialismus. Sie verweigerte jegliche Hilfe zum Transport von Truppen und Kriegsmaterial, sowie zur Lösung von Munition, so daß sich bisher Kriegsmaterial für Polen hier in Danzig ziemlich anstaut. Truppen mußten wieder nach dorthin abtransportiert werden, woher sie gekommen waren, da wir in Danzig keinen Platz zur Unterbringung hatten und dann auch die Stadt Danzig in große Ernährungsschwierigkeiten geraten wäre. Hauptsächlich waren es die Hafen- und Eisenbahnarbeiter, welche den Kampf ausfochten. Hier standen alle Richtungen zusammen. Arbeiter und Beamte, freie Gewerkschafter, Hirche, Christen und Vertreter aller sozialistischen Richtungen. Die bürgerlichen Parteien, welche in der verfassunggebenden Versammlung die Neutralitätserklärung eingebracht und beschlossen hatten, hielten offiziell zurück.

Hafenarbeiter und Eisenbahner hielten selbst den schärfsten Verlockungen stand, denn die Polen versuchten Judasgelder auszuwerfen: 10 000 Mark sollten gestiftet werden für in Not geratene Hafenarbeiter, wenn die Hafenarbeiter die Munition löschten, ein Tagelohn von 150 R. wurde versprochen, und außerdem sollte jeder Arbeiter 6 Kilo Mehl erhalten. Mehrere Waggons amerikanisches Weizenmehl sollte den Hafenarbeitern zur Verfügung gestellt werden. Bei der schlechten Ernährungslage und den finanziellen Verhältnissen der Danziger Arbeiter sicher große Verlockungen, aber die Hafenarbeiter gingen darauf nicht ein. Dann stellten die polnischen Behörden die Heranziehung von polnischen Arbeitern zu den Lösungsarbeiten in Aussicht. Auch dieser Plan scheiterte, da die Hafenarbeiter drohten, den ganzen Hafen stillzulegen. Nunmehr wollten die Polen Russen zu dieser Arbeit heranziehen, und zwar russische Gegenrevolutionäre, die unter Koltshak gelangt hatten, sich nun in polnischen Internierungslagern befinden und sich bereit erklärten, die gegen ihre Landsleute Verwendung findende Munition zu lösen. Dieses Ansuchen lehnten die Hafenarbeiter erst recht ab. Als alle Verhandlungen ergebnislos waren, sollten englische Soldaten herangezogen werden. Doch eine große Anzahl sträubte sich hiergegen, und mit dem nächsten Transport wurden dann diejenigen, welche diesen Dienst verweigerten, nach England zurückgeschickt. So blieb auch dieser Gedanke unausführbar. Die englischen Behörden mußten die Haltung der Hafenarbeiter als berechtigt anerkennen, und schließlich nur um Ruhe und Ordnung in Danzig aufrecht zu erhalten und zu verhindern, daß die für Polen bestimmte Munition den Russen, die damals bereits in den polnischen Korridor eingebrungen waren, in die Hände fiel, verweigerte der Oberkommandierende der alliierten Truppen in Danzig, General Haling, dem polnischen Munitionsschiff „Juno“ die Einfuhr in den Hafen.

Ähnliche Schwierigkeiten hatten auch die Eisenbahner zu bestehen. Hierbei sei aber festgestellt, daß ein bedeutender Teil der Hafen- und Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten den Boykott gegen Polen nur durchzuführen halfen, um damit nur die polnischen Pläne auf Danzig vernichten zu helfen, und weil sie befürchteten, daß durch Zuweisung von Hafen und Eisenbahn an Polen durch den Völkerverbund sie alle brotlos werden könnten.

In den letzten Tagen ist eine gewaltige Veränderung in dieser Kampflage eingetreten. Die Danziger Entente-Diplomaten, Danziger Behörden und Bürgertum sind vor dem Mittärtschiff der Entente gänzlich zusammengesunken. Es genügt, in Genf und in Paris mit dem Säbel zu rasseln, um die erst so „tapferen“ Danziger Bourgeoisie zu veranlassen, den mit so großem Tamtam gefahnten Neutralitätsbeschluß zu verleugnen. Polnisches Geld und polnische Verlockungen spielten dabei eine ziemlich große Rolle. Die englischen Behörden planten Gewaltmaßnahmen gegen die Danziger Bevölkerung. Die Verhängung des Belagerungszustandes und Ausnahmestandes, Auflösung des Arbeiter- und Beamtenrates der Eisenbahner, Heranziehung von verstärkter Ententebesatzung und Unterhaltung derselben durch die Stadt

Danzig, deren Folge unausbleiblich Hungersnöte wären waren geplant. Als weiteres Attentat hatten die Entente-Isolen-Unterstützung aufgehoben werden sollte, solange die Danziger Arbeitslosen jegliche Arbeit für Polen verweigern. Neben diesen Plänen wurden Verräterdienste teuer bezahlt. Polnische Gewerkschaftsbeamte und Mitglieder der Danziger Verfassunggebenden Versammlung stellten den Boykott gegen Danzig in Aussicht, wenn nicht innerhalb 48 Stunden die Eisenbahner sämtliche Transporte für Polen durch Danzig lassen würden. So wären nicht nur Lebensmittel und Kohlen-transporte für Danzig angehalten, sondern auch sämtlicher Personen- und Güterverkehr von Danzig mit Deutschland unterbunden worden. Auch wollten die Polen sämtliches Danziger Eisenbahnmateriale und Güter für sich requirieren. Schon sind mehrere D-Züge in Königs- und Schneidemühl angehalten und die Lokomotiven abgenommen worden. Auch in der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln ist Danzig von Polen abhängig. Englische und amerikanische Kriegsschiffe belagern bereits den Danziger Hafen und unter dem Schutz der englischen und französischen Bajonette sollten dann nach dem Freistaat importierte Polen die Hafenarbeit und den Eisenbahndienst verrichten.

So hoben die Eisenbahnbeamten ohne vorherige Verhandlung mit den am Boykott gegen Polen beteiligten Organisationsgeordnet wurde, daß sämtliche polnischen Transporte durch bei bemerkt werden muß, daß ohne Mitwirkung der Eisenbahnbeamten der Boykott gar nicht wirksam durchgeführt werden kann. Nun erließ sogar die Eisenbahndirektion des Freistaates ein Telegramm-Kundschreiben, nach welchem angeordnet wurde, daß sämtliche polnischen Transporte durchzulassen sind. Kurz vorher hatten die bürgerlichen Parteien im Parlament auf Veranlassung des Staatrates eine Neutralitätserklärung beschlossen, und nun fielen alle diese Herrschaften, wo der Entente-Kommissar hinfuhr, eifrig um. Aber die Bourgeoisie macht eben ihre Geschäfte mit den Polen. Die polnischen Behörden haben hiesigen Industriellen erklärt, daß sie Rohmaterialien in allen Mengen zu billigen Preisen bekommen könnten; wenn sie sich verpflichten, ein Drittel ihres Arbeiterbestandes mit Polen zu besetzen. Ab 1. Juli 1921 sollte dieses Drittel auf die Hälfte erhöht werden. So will man zwangsweise die Polonisierung Danzigs herbeiführen, trotzdem wir im Freistaat mit seinen 350 000 Bewohnern bereits circa 15 000 Arbeitelose haben.

Aus all diesen Umständen heraus haben sich die Eisenbahner gezwungen gesehen, den Kampf gegen Polen einzustellen, und auch die Hafenarbeiter haben kürzlich mit Zweidrittel-Majorität den Beschluß gefaßt, Munition für Polen zu entlöschten. Es muß aber dabei darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiterschaft der übrigen Länder Danzig gegenüber verlagert hat. Die „Narcewa“, die mit Munition für Polen in Danzig eingetroffen ist, ist von holländischen Arbeitern verladen worden. Die englische Arbeiterschaft hat ebenfalls nur ein Sympathie-Telegramm für die Danziger Arbeiterschaft übrig gehabt, aber tatsächliche Unterstützung hat sie nicht geleistet. Kein Wunder, daß sie über die Vorgänge in Danzig schlecht unterrichtet ist, da ja der Danziger Korrespondent des englischen Arbeiterblattes „Daily Herald“ ein bürgerlicher Journalist ist, der auch die bürgerlichen englischen Zeitungen beliefert. Der größte Verkehr für Polen geht zudem über Ungarn.

Möge die Arbeiterschaft aller Länder die Lage der Danziger Arbeiterschaft, wie sie durch den Friedensvertrag von Versailles herbeigeführt ist, nicht verkennen und darauf hinwirken, daß Danzig und seine Bevölkerung nicht zum Spielball polnischer Imperialisten, Kapitalisten und Reaktionäre wird.

Aus der Parteipresse

Die neue Nummer der „Freien Welt“ bringt ein Bild Lassa-les zur Wiederkehr seines Todestages. Bilder aus Ober-Ischlesten, die Massendemonstration der Laubenkolonisten Berlins und den weisgardistischen General Wrangel, ferner einen Aerialaufzug. „Die Kerrie Armee“. Im unterhaltenden Teil finden wir einen Artikel „Altes und neues Wandern“ und „Der Film — die achte Großmacht“. Reich ausgestattet ist auch der Schach- und Sportteil, sowohl mit Bildern, wie im Text. Preis des Heftes 60 Pf.

Die Geschichte meines Bruders

Eine Erzählung

von Hans Siemsen

Es war Sonntag und wir warteten. Die Tür zum Korridor stand offen. Aber nur die Schritte der Schwestern kamen und gingen, heraus und herein. Ich war den Weg, der aus der Tür führte, mit meinen Gedanken schon weit gegangen, ganz weit draußen war ich in der Welt, in der es Sonntag war. Die Sonne schien. Unser Zimmer hatte ich ganz verlassen.

Da klang in den Schritten der Schwester ein anderer Schritt und eine helle Jungenstimme sagte: „Tag Willi!“

Er hatte Apfelsinen mitgebracht. Das roch, als käme er aus Italien.

Ich weiß nicht mehr, was gesprochen wurde. Ich weiß nur noch, daß ich ein- oder zweimal eine kleine feste Hand, die noch eines Jungen in meiner Hand fühlte. Ich streckte meine Hand ins Ungewisse, nur nach der Richtung hin, in der er stand — und dann kam diese kleine feste Hand, wie ein Gruß aus einer anderen Welt.

Ich weiß nicht mehr, was gesprochen wurde. Die helle, fröhliche Jungenstimme war ganz gedämpft und leise geworden. Die Kraft und die Fröhlichkeit der großen Welt wurden in diesem gedämpften Zimmer nicht laut. Sie wurden in dieser, unserer Welt, die unsere Blindheit, das heißt, unser Leiden sanftmütig um uns aufgebaut hatte. Die beiden Brüder schlüßten nur. Der kleine verstumme ganz. Er sah nun gewiß von einem der blinden Gesichter zum andern. Ich drehte mich um — mein Gesicht zur Wand.

„Allo bis Sonntag! Dann komme ich wieder.“ Und noch einmal kam seine kleine Hand, suchte nach meiner Hand und sagte „Adieu“. Dann klang sein Schritt durch das Zimmer und durch die Tür, über den Korridor, hinaus und verschwunden.

Ich hätte ihn festhalten sollen! Er kam nie wieder. Am nächsten Sonntag sah er bereits im Gefängnis.

Wir lagen in dieser Woche wie vorher, still in unserem stillen Zimmer. Wir dachten nicht im geringsten an das, was draußen geschah. Wir hatten nur mehr zu reden als

vorher. Ich sagte zum Beispiel: „Wie alt ist dein Bruder?“ Und Willi sagte: „Fünfehn Jahre“. Und wie heißt er?“ Wir nennen ihn Kalla.“

Währenddessen, ja, vielleicht gerade während wir von ihm sprachen, ging Kalla durch die Straßen der Stadt, die mir dunkel und geheimlich erschienen, nachdem ich gehört hatte, was ihm geschehen war, dunkel und unheimlich, wie ein Ort des Verdröhens. Und doch, was war denn da viel geschehen? Kalla hatte gestohlen und war verhaftet.

Wie bekommt man das, was man nötig hat, oder das, was man gerne haben möchte? Man kann es sich kaufen. Aber wenn man kein Geld hat, kann man es nicht kaufen, wenn man kein Geld hat, bekommt man es nicht. Ein Pfund Speck kostet zwanzig Mark. Bezahle zwanzig Mark, wenn du Speck essen willst!

Aber es gibt noch etwas anderes. Man kann ihn stehlen. Kalla stand vor den hellen Schaufenstern nicht wie ein Junge, der sehnsüchtig zusieht, wie andere kaufen, was er gern haben möchte und was er nicht kaufen kann, weil er kein Geld hat. Er stand da wie einer der Bescheidene. Laß es nur dunkel werden! Dann kommen wir dran!

Wenn es Abend war, kam er mit seinen Freunden.

In einer dunklen Ecke hält ein Wagen. Da ist ein Fuß in der Nähe. Es ist mitten im Winter. Der Fluß geht hoch und das Wasser rauscht an den Mauern der Häuser. Es ist kalt und der Wind fährt kalt durch die leeren Straßen. Da ist auch eine Laterne, die klappert und fast im Winde verliert. Ihr Licht dringt nicht weit die Straße herunter. Der Wagen hält ganz im Dunkeln. Man kann ihn kaum sehen.

Da geht auch ein Posten. Man hört seinen Schritt regelmäßig heraus und herunter. Jetzt verklingt er wieder und alles ist still. Nichts als die leeren Straßen, die toten Häuser, das Wasser, das rauscht, der Wind und das flackernde Licht der Laterne.

Nun geschieht nichts weiter, als ein Pfiff, ein durchdringender Pfiff auf zwei Fingern gepiffen, Getrappel von schweren, genagelten Schuhen, ein Schuß und wieder Getrappel von Schuhen, aber schon weit in der Ferne und bald verschwunden. Im Schein einer großen Wiedlaterne liegt neben dem Wagen ein großer Ballen. Zwischen dem Wagen und der Laterne führen zwei Schutzleute einen Jungen, der sich mit Händen und Füßen wehrt.

Das ist alles. Der Junge ist Kalla. Seine Kumpans sind glücklich entkommen.

Nun beginnt zweierlei für Kalla: Der Kampf gegen den Untersuchungsrichter und das Leben im Gefängnis. Das heißt: er ist auf einmal ganz allein.

Er ist ein tapferer Junge, stark und vergnügt, der sich und anderen zu helfen weiß. Er hat noch nichts davon gelesen, daß das Leben ein Kampf ist. Aber er hat es schon früh erfahren. Er weiß, daß man nichts bekommt, was man sich nicht nimmt, und daß das Unrecht etwas ganz anderes ist, als man glaubt. Bisher war er nur ein Junge, der frei umherlief, ein Bengel, den man mit Prügel drohte. Aber jetzt sieht er im Gefängnis, und das ist etwas ganz anderes. Er lief auf der Straße herum und stand vor den Schaufenstern und wußte sich zu helfen, wenn er was brauchte. Aber vor dem Untersuchungsrichter weiß er sich nicht zu helfen. Er versteht nichts von diesen Akten und Büchern, vom dem Schreiber, der immer schreibt, wenn man spricht, und von diesem finstern gefästelten Zimmer, in das er durch lange Gänge geführt wird. Er versteht nicht, wozu das nötig ist, da er ja schon im Gefängnis sitzt. Er weiß nur, daß er seine Freunde und Helfershelfer auf keinen Fall verraten darf. Und alles, was er zu sagen weiß, ist die armselige Lüge: „Ich bin es nicht gewesen“.

Wir liegen nicht mehr in unserem stillen Zimmer. Wir haben lange gelegen und lange gewartet. Viele Sonntage sind vergangen. Und Willi hat mir viel erzählt.

Zuerst war noch nichts geschehen. Wir wußten noch nichts und lagen und warteten auf den Sonntag.

„Erzähl etwas, Willi!“
„Was soll ich erzählen?“
„Wie war das, als Du in Hamburg warst?“
„Ach, das habe ich ja schon erzählt.“
„Aber das kannst Du noch mal erzählen.“
Er war nämlich einmal mit fünfzehn Jahren aus der Lehre gelaufen und nach Hamburg gefahren. Als er sich nachts auf dem Bahnhof herumtrieb, ohne Essen und ohne Geld, nahm ein Straßenhändler ihn mit nach Hause.

„Willi, was dachtest Du denn da?“
(Fortsetzung folgt.)

Stimmen der Parteipresse

„Leipziger Volkszeitung“.

Am Schluß eines weiteren Artikels schreibt unser Leipziger Parteiblatt:

Es heißt das Thema verschoben, wenn die Befürworter des Anschlusses trotz alledem, der glatten Unterwerfung unter das Moskauer Diktat ihre Haltung begründen wollen mit der Pflicht, der russischen Sowjet-Republik in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus tätig beizustehen. Diese Pflicht erfüllt die Unabhängige Sozialdemokratie nach Kräften schon längst und der scharfe Sozialist der Waffen- und Munitionslieferungen für Polen ist ein lebendiges Zeugnis dafür, daß dieser Kampf vom Anschluß an die 3. Internationale völlig unabhängig ist. Die Unterwerfung unter das Moskauer Diktat, dieser Verzicht auf das eigene Urteil, kann höchstens dazu führen, daß die Kraft der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung zerstückt wird. Daß sie in ausichtslosen Aktionen nutzlos vergeudet wird, die auf das Scheitern Moskaus, das beim besten Willen die notwendigen Vorbedingungen in Deutschland nicht zureichend beurteilen kann, unternommen werden müßten. Es würde unsere Partei, die bei richtiger Haltung die stolze Aussicht hat, in Kürze die gesamte Klassenbewusste Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit in sich zu sammeln, die Führung der proletarischen Bewegung Deutschlands zu übernehmen, zum tödlichen Stichtum verurteilen, weil der deutsche Arbeiter, der seit Jahrzehnten an die lebendige Arbeit in seiner Parteibewegung gewöhnt ist, sich diese absolute Entrechtung zugunsten der Führerschaft einfach nicht gefallen lassen würde. Ständige Aufhebungen, läbliche Ausflüsse oder massenweises Abströmen der Mitglieder würden die Folge sein, und die Kraft der Organisation würde in fortwährenden Abwärtsgeraden sinken. Das mögen jene Genossen besonders ernsthaft überlegen, die da glauben, daß die Weltrevolution nur durch engsten Anschluß an Moskau vorwärts gebracht werden könnte. Sie würden durch die Unterwerfung unter das Moskauer Diktat gerade dieses Ziel aufs schwerste schädigen. Wie ja überhaupt unsere Dyposition gegen die Moskauer Bedingungen nicht diktiert ist aus irgend welchen bürokratischen Engherzigkeiten wegen der Organisationsform, noch etwa aus irgend welchen Gefühlen gekränkter Würde und Eigenliebe. Die Partei ist uns teurer, aber wichtiger ist uns die proletarische Revolution und wenn wir ihr durch Aufopferung der Partei dienen könnten, so würden wir uns nicht sträuben. Aber gerade weil wir voraussehen, daß die Übertragung der russischen Schablonen auf Deutschland nur verhängnisvolle Wirkung auf die deutsche Arbeiterbewegung ausüben kann, weil wir wissen, daß sie für Jahre die Latenzperiode der Revolution in Deutschland lauten würde, deshalb kämpfen wir gegen die unannehmbaren Forderungen Moskaus. Aber wer glaubt, daß wir zu schwarz malen, der soll nur einmal ernsthaft überlegen, ob wirklich deutsche Arbeiter es sich gefallen lassen werden, von illegalen Leitern, die ihnen unbekannt bleiben, bindende Befehle zu bekommen. Denn die Bedingungen legen der Partei diese Verpflichtung auf, neben der legalen eine illegale Organisation zu bilden und die legale Zeitung ist der illegalen unbedingt untergeordnet. Das paßt, wie wiederholend es, für eine Verschwörerorganisation, für eine Sekte, aber nimmermehr ist es anwendbar auf eine Massenbewegung, in der die Einzelnen nicht willkürliche Objekte, sondern vollendete, selbstbestimmte Persönlichkeiten sind. Der deutsche Arbeiter des 20. Jahrhunderts läßt sich nicht entziehen zugunsten einer kleinen Klasse Eingeweihter, deren Spitzen ihm verborgen bleiben. Wohin diese Übertragung russischer Muster auf Deutschland führt, das zeigt uns die häßliche Zersplitterung der Deutschen Kommunistischen Partei. Der Versuch, in ihr die Führerdiktatur durchzuführen, hat die Zersplitterung der KAPD, hat den Rückfall ihrer Anhänger in die schlimmsten Ausschreitungen der „Aberkrantheit des Rabulistikums“, wie Lenin sich in seiner neuesten Schrift ausdrückt, zur Folge gehabt. So berechtigt die Kritik ist, die Lenin an der engstirnigen Revolutionsromantik der KAPD, die den Genossen sei die Lektüre dieser Schrift dringlichst empfohlen, obgleich sie eine Welle der unerschütterlichen Angewandtheit auf die Unabhängige Sozialdemokratie enthält —, so wenig ist gerade Lenin berufen, diese Kritik zu üben. Denn im tiefsten Grunde, Moskau ist es, das die Bildung und die Verrennung der KAPD, in ihre radikalistische Sackgasse durch seine diktatorischen Methoden verschuldet hat.

„Heißliche Arbeiter-Zeitung“.

Unter der Überschrift „Der Gang nach Canossa“ schreibt Richard Wagner in einem Leitartikel:

Alle Achtung vor den russischen Staatsmännern; aber mit dem Moskauer Diktat scheinen sie doch aus Unkenntnis der deutschen Arbeiter, die sie einfach als Heuschrecke in ihre politische Gleichung einstellten, einen großen Fehler gemacht zu haben. Es scheint uns so, als ob sich die Russen ganz von den deutschen Kommunisten hätten leiten lassen, die wohl auf jedes Wort Lenins lauschten, aber die deutsche Arbeiterschaft nicht für sich gewinnen konnten und es nun so hinstellen, als ob die U. S. P. an diesem Mißerfolg schuld sei, während er doch nur in der persönlichen Unfähigkeit der kommunistischen Führer, die Arbeiter an sich zu fesseln, wurzelt. Wie konnte sich Lenin dazu verleiten lassen, persönliche Intrigen, nebenläufige Meinungsverschiedenheiten, rabulistische Verdächtigungen und eifersüchtige Kleinlichkeitsstreitereien durch ein so folgenloses Experiment auszutragen, wie das Moskauer Diktat, statt sich an dem Canossagang genügen zu lassen und die Einigung, oder wenigstens das Kartell zwischen U. S. P. und K. P. D., großzügig zu vollziehen?

In der fürchterlichen politischen Lage, in der sich das deutsche und das russische Proletariat befinden, ist die Einigung unter einseitiger Führung unbedingt notwendig. Was aber erreicht das Moskauer Diktat? Es treibt vielleicht einen Teil der Massen, die die U. S. P. geworden hat, der K. P. D. zu, die zur Werbung aus eigener Kraft unfähig war, spaltet dafür aber ganz unnützlichweise das revolutionäre Proletariat Deutschlands, statt es zu einigen.

Das muß verhindert werden. Es ist nur dadurch zu verhindern, daß die Massen selbst entscheiden.

„Freie Niederbayerische Volkszeitung“ (Landshut).

Diese Methoden können bei uns nie und nimmer durchgeführt werden. Der deutsche Bauer ist nicht revolutionär, die deutsche Reaktion hat die Macht in Händen, wir hängen mit allen Fasern und Adern noch mit der kapitalistischen Wirtschaft zusammen. Selbst wenn wir könnten, wäre die Enteignung der Besitzer noch lange nicht Sozialisierung, die Steigerung der Produktion und Umstellung in die Bedarfwirtschaft bedeutet. Der deutsche Arbeiter ist wohl durch die Verhältnisse revolutionär geworden, aber die Verhältnisse selbst haben die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur proletarischen Revolution in allen Industriezweigen verschlechtert. Da sollen russische Verhältnisse auf Deutschland ohne weiteres übertragen werden können? Es soll ein Komitee von dem man nicht einmal weiß, wer hinter ihm steht, den Schlachtruf ausgeben können?

Bei dieser Differenziertheit der politischen und ökonomischen Verhältnisse in den einzelnen Industrieländern des Westens kann es keine Unterordnung unter das moderne moskowitzische Regime geben, sondern nur eine Gleichordnung, eine Gleichstellung, ja in unseren Augen, sogar nur eine Überordnung und Kontrolle der Weststaaten über das russische Experiment.

Denn ausschlaggebend für den Fortgang der sozialen Weltrevolution sind nicht die Verhältnisse in Russland, die aus ganz anderen Ursachen entstanden sind, sondern die Verhältnisse in Deutschland, Frankreich, vor allem aber in England. Die Länder und ihre Arbeiter müssen zuerst sein und werden für die proletarische Staatsform, dann erst tritt der Kampf in eine wirklich entscheidende, und was die Hauptsache ist, regelnde Phase. Was wir heute erleben, ist Vorkriegsschauspiel, sind Ausgereiztheiten, die zu Teufelsdräuherden verführt, die kein mit der Niederlage der kämpfenden Arbeiter enden müssen. Das Wohl der gesamten Proletaratsmasse muß uns höchstes Gesetz sein, nicht das Wohl der kleinen Kommunistengruppe in Moskau und ihrer unerschulerten Bonzen mit den Wägen von Kleinherren.

Die Entstehung der deutschen U. S. P. war eine geschichtliche Notwendigkeit, eine Rückkehr zur ursprünglichen marxistischen und sozialistischen Politik, eine Reflexwirkung auf die Bürger- und Kom-

promisnost der Mehrheitssozialdemokratie. Heute umfaßt die U. S. P. das jugendliche revolutionäre Industrieproletariat Deutschlands in seiner Mehrzahl. Sie hat mit der Vorgangeneit gedroht und hat sich eingestellt auf eine klare Arbeiterpolitik, deren Taktik in erster Linie von der Taktik ihrer deutschen politischen Gegner bestimmt ist, ohne die Initiative außer acht zu lassen. Politik muß mit Tatkraft, nicht mit schönen Traumbildern rechnen. Eine Partei, die das deutsche zielbewusste Proletariat unter ihre Fahnen sammeln und dann einer glänzenden Zukunft entgegenführen will, muß zuerst sich nach den Verhältnissen im eigenen Lande richten, ohne selbstverständlich den Zusammenhang mit den internationalen Kampforganisationen verlieren zu dürfen. Wir brauchen eine Internationale, die die revolutionären Arbeitermassen aller Länder vereint; innerhalb dieser Internationale aber kann es nur Gleichberechtigung und Rücksichtnahme auf die Verschiedenheit der Verhältnisse geben. Ein Loslöschen ohne Rücksicht auf den Grad der Entwicklung eines Landes, allein auf das Diktat einer Gruppe hin, der, wie ihre Auslassungen zeigen, der weite, große Blick für die internationalen Zusammenhänge fehlt und deren Argumente und Beweiskräfte durch die Wucht und Anhäufungen von Schimpfwörtern nicht stützt werden, führt zur Diktatur, aber nicht des Proletariats, sondern der Reaktion.

Solange nicht andere Töne und ein anderes marxistisches Verständnis von der Moskauer Zentrale her nach Deutschland dringt, hat die U. S. P. Deutschlands wirklich keinen Grund, ihre Taktik, ihre Anschauungen, ihr ganzes Sein und damit die Masse der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands zu opfern den großen Worten eines Komitees, das noch nicht bewiesen hat, daß es im eigenen Lande den wahren Sozialismus oder Kommunismus durchzuführen in der Lage ist.

Die Problemstellung lautet: Nicht Unterwerfung unter das Moskauer Diktat, sondern Gleichberechtigung und Beitritt zur revolutionären Internationale, die alle revolutionären Arbeitergruppen der Welt umfaßt muß.

Feststellung der Tatsachen

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes schreibt uns unter obiger Überschrift:

„In der Nr. 370 stellt die Redaktion der „Freiheit“ dem bisherigen Bevollmächtigten unserer Verwaltung ein wenig viel Raum zur Verfügung, was sie in ihrer Nummerierung mit der Unmöglichkeit der Vertretung seines Standpunktes in der außerordentlichen Generalversammlung begründet. Diese Begründung für die Bereitwilligkeit gegenüber Siegle — die sonst sehr wenigen schriftlichen Parteigenossen zuteil wird — wird von der Zeitschrift stark desavouiert mit der Bemerkung: „... das trifft für den Berichterstatter vollkommen zu, nachdem er es fertig bekommt, mich in der Versammlung einige Sätze reden zu lassen, obwohl ich es strikte ablehnte, das Wort zu nehmen.“ Da eine solche Aufforderung nicht nur von der „hilflosen Versammlungsführung“, sondern von allen parteigenösslichen Rednern (U. S. P. wie K. P. D.) erfolgt ist, kann die Redaktion wohl nicht auf diese Benennung gegenüber den anderen Genossen und wichtigen Angelegenheiten aufrechterhalten. Wenn ja, dann aber nur mit einer anderen Begründung oder infolge guter Beziehungen.

Zur Sache selbst gestalten wir uns zu bemerken, daß Siegle in einer Mitgliederversammlung am Tage vor der außerordentlichen Generalversammlung nach anderthalbstündiger „Rechtfertigung“ eine große Abrechnung für den folgenden Tag anfügte, die aber auch dann ausblieb, als an den Parteigenossen Siegle das strikte Verlangen gestellt worden war, sich zu rechtfertigen. Wenn die Zeitschrift die herabwürdigende Beurteilung der außerordentlichen Generalversammlung dreitet, so sollte der Schreiber derselben wenigstens so vorsichtig sein, die anderen „Leute“ nicht der Lüge zu schenken. Sein ganzes Verhalten bildet nämlich eine Kette von Nichtachtung der eigenen Parteigenossen, Schindluder spielen mit Treu und Glauben unter gleichen politischen Ansprüchen und eine hündliche Tölpelheit gegenüber den Rechtsstaatlichen. Das ist die symptomatische Entwicklung der verunglückten Gewerkschaftsopposition, in der den Gegnern von Siegle nur der Vorwurf gemacht werden kann, daß sie viel zu lange anständig geblieben sind, weil sie ihre Partei so lange wie möglich vor einer Blamage bewahren wollten. Wie immer, hat sich das auch hier als ein Fehler erwiesen. Es wird also nötig sein, in der weiteren Auseinandersetzung auch auf diese Materie, die sich aus der außerordentlichen Generalversammlung vollkommen Gelegenheit dazu gegeben war. Wir vermuten allerdings, daß es Siegle und seinen Freunden weniger darauf ankommt, sachlich sich zu rechtfertigen, als vielmehr eine Taktik der „Verleumdung des Themas“ einzuschlagen, gegen die sich die Generalversammlung zu wehren wissen wird. Wir raten der Redaktion aber dringend, sich durch Entsendung eines Berichterstatters selbst zu informieren, da die bislang übliche strikte Berichterstattung durch Siegle nicht mehr als ganz objektiv angesehen werden kann.

Diese „Information“ äußert sich geradezu humoristisch in der Zeitschrift mit dem Hinweis auf die Stellung der Verwaltung zur Annahme des Amtes des Vorsitzenden in der Gewerkschaftskommission und zur Studienfahrt nach Rügen. Ein Mann, der die Stellungnahme der damals noch zum Teil auf seiner Seite befindlichen Verwaltung in diesen Fragen als ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit (und das, trotzdem Betreuer der Holzarbeiter in der betreffenden Plenarsitzung der Gewerkschaftskommission zuriefen: den Siegle könnt ihr kriegen), der ist denn doch so blind von sich eingenommen, daß ihm jedes Maß dafür abgeht, was von ihm hauptsächlich verlangt wird: in seinen Handlungen zu beachten, daß er Mitglied der U. S. P. ist. Die engere Verwaltung konnte es nicht verantworten, einem Siegle die Geschäfte der Gesamtarbeiterschaft Berlins in die Hände zu legen, sie konnte es ebenfalls nicht verantworten, Siegle auf eine Studienreise zu schicken, wo auf Grund der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit das Bureau mit etwa 25 Ausschilfskräften arbeitet. Das Vertrauen hätte sich Siegle bei seinen Kollegen erwerben sollen und nicht in der Berliner Gewerkschaftskommission. Nicht erst im Juli hat er versucht, der Verwaltung den Stuhl vor die Tür zu legen, sondern schon vorher dies triviale Spiel getrieben.

Wie wenig Rücksicht aber Siegle auf die Mitgliedschaft genommen hat und noch nimmt, beweist die Heranziehung der Überbrückungsvoten der Funktionäre und Verwaltung, die bestrebt waren, das zu verhindern, was jetzt eingetreten ist. Wir werden der Partei in dieser Hinsicht noch Disziplinierungsmaßnahme unterbreiten und hoffen, daß die Parteimitglieder den Mitglieder ebenfalls schnell mit demselben zur Hand gehen, wie die Redaktion mit der Zeitschrift. Für die Klärung der Verhältnisse über „Moskau“ und „revolutionäre Gewerkschaften“ dürfen die „Seditanten“ eines Siegle eine willkommene Unterlage bilden. Der U. S. P. sowohl als auch der K. P. D. bleibt es dann überlassen, zu beurteilen, ob sie sich mit Siegle und seinem Salage-Mann Zirkel identifizieren wollen oder nicht. Die Vorgänge bei den Holzarbeitern sind der erste „Erfolg“ des unter Führung eines Siegle den Anhängern der Münztrabe anlässlich des Kampfs „Generalstreiks“ angebrochen „schärfsten Kampfes“. Wir haben ihn ausgenommen und sehen weiteren entgegen.

Nachdem wir der Öffentlichkeit hierdurch einige Tatsachen unterbreiten, halten wir diese Angelegenheit für erledigt und überlassen Siegle dem Urteil unserer Mitglieder.

Einige Worte zu diesen Ausführungen möchten wir uns nicht versagen. Zunächst müssen wir es ausdrücklich zu Wort kam, weil es „gute Beziehungen“ zur Redaktion unterhält. Das trifft in keiner Weise zu. Da er jedoch in dem Bericht über die Generalversammlung angegriffen war und in der Situation, in der er sich in der Versammlung befand, begreiflicherweise sich nicht verteidigen mochte, glauben wir, ihm das Wort nicht vorenthalten zu können. Ebenso wollen wir die Bemerkung zurück, wir hätten bisher von Siegle keinerlei Berichterstattung „gelesen“. Wir hatten stets anderen besonderen Berichterstatter, und dessen Berichte sind sachlich niemals von irgendeiner Seite beanstandet worden. Dagegen stimmte der letzte Bericht von dem Vorsitzenden der obigen Zeitschrift, da wir leider nicht von dem Stattfinden der Generalversammlung unterrichtet waren und infolgedessen keinen

Berichterstatter hingesandt hatten. Daher auch die etwas verspätete Berichterstattung, die der „Vorwärts“ in seiner hochgelobten Welle mit unserer Verlegenheit zu begründen suchte. Wir würden nicht, was wir vertuschen sollen; mit solchen Vorgängen wie im Holzarbeiterverband müssen wir immer rechnen und sehen ihnen auch unerschrocken ins Auge. Wer allerdings das Versteckspielchen so gewandt wie die „Vorwärts“-Zeitung, macht aus solchen Vorgängen einen Familienland und freut sich, daß er nicht in seinem anständigen Hause passiert.

Wir möchten nun aber die Debatte über diesen Punkt vorläufig schließen und alles weitere der Organisation überlassen.

Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Am 12. September beginnt in Dresden die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. Zum zweiten Male seit der Gründung im Juli 1916 verlämmeln sich die berufenen Vertreter zu erster Beratsung. Die Einberufung wurde notwendig durch die beispiellose Einnahme, die der Verband zu verzeichnen hat. Bei der Gründung waren kaum 1000 Mitglieder vorhanden. Der Geschäftsbericht, der der ersten Generalversammlung im Mai 1918 in Jena vorgelegt wurde, verzeichnete in 447 Ortsgruppen 238 870 Mitglieder; heute sind in 1690 Ortsgruppen nur 650 000 Mitglieder vereinigt. Dementsprechend haben sich die Kostenverhältnisse entwickelt. Der Verband verfügt jetzt über ein Vermögen von 8 1/2 Millionen Mark. Außerdem sind in Verbandsbüros, Büro-Verwaltungen und in dem dem Hauptbüro angegliederten Buchhandlung mehr als eine Million Mark investiert.

Der sehr umfangreiche Geschäftsbericht, den der Vorstand der Generalversammlung vorlegt, zeigt aber nicht nur von einer glänzenden Aufwärtsentwicklung in der Mitgliederzunahme und im Vermögen, er beweist auch, daß der Verband in der Berichtzeit für seine Mitglieder erhebliche Verbesserungen auf dem Gebiete der Einkommen- und Dienstverhältnisse gebracht hat. So wurde für die Lohnempfänger ein Reichslohnstarif abgeschlossen, der, soweit die Besoldung der beteiligten Personen in Betracht kommt, wohl der besten in Deutschland wie überhaupt in der Welt ist. Auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung, der Schaffung moderner Arbeitsverhältnisse in Gestalt von Betriebs- und Beamtenräten hat der Verband hervorragend mitgewirkt. Das Vertrauen, das die verhältnismäßig junge Organisation im Kreise der Eisenbahner erworben hat, zeigte sich bei den Betriebsratswahlen. Der Geschäftsbericht stellt mit Genugtuung fest, daß die gegnerischen Organisationen dabei eine sehr schädliche Niederlage erlitten haben. In Dresden erhielt der Verband haben die Gegner zum Teil noch schlechter abgeschrieben, so haben sie z. B. in Weidenburg nicht ein einziges Mandat erhalten.

Die Tagesordnung sieht sechs Punkte vor, von denen die drei wichtigsten sein dürften: der Bericht des Vorstandes, der organisatorische Aufbau des Verbandes und die Statutenberatung. Bei dem vom Vorstand zu erstattenden Bericht werden die großen Kämpfe anlässlich der Beratung des Tarifvertrages, der Schließung der Werkstätten mit der damit verbundenen Wahrung der Funktionen, der Wiedereröffnung der Arbeitsstellen, der Besoldungsreform für die Beamten, der Durchführung der Neutralität usw. eingehende Würdigung finden. Alle diese Fragen bringen sicher lebhafteste Auseinandersetzungen, aber sie werden voraussichtlich auslängen in dem allseitigen Wunsch, den Verband noch besser als bisher auszubauen, um das gesteckte Ziel, den Reichseisenbahnbetrieb zu einem Musterbetrieb zu machen, möglichst bald herbeizuführen.

Im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes stehen die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung, nach denen der organisatorische Aufbau des Verbandes den verschiedenen Berufsgruppen angepasst werden soll. Mit dem neuen organisatorischen Aufbau soll der Charakter der Einheitsorganisation für alle deutschen Eisenbahner seinen schärfsten Ausdruck finden. Im Gegensatz zu den reinen Betriebs- oder Beamtenorganisationen organisiert der Verband bekanntlich das gesamte Personal der Reichseisenbahnen. Die historische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß zunächst die Lohnempfänger der Werkstätten und des Betriebes in großer Zahl organisiert wurden. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung dann ein großer Anspruch an den Kreis der unteren und mittleren Beamten ein. Bald aber zeigte sich, daß die bei der Gründung und später auf der ersten Generalversammlung festgelegte Organisationsform den Ansprüchen nicht genügt und es deshalb notwendig wird, den Verband in Sektionen zu gliedern. Zu diesem Zwecke sollen den Sektionen Richtlinien für den inneren Organisationsaufbau beigegeben werden, nach denen die Arbeiter und Beamten in Hauptgruppen auf örtlicher Grundlage zusammenzufassen sind. Dabei wird zu erörtern sein, ob die durch den Zusammenschluß des Deutschen Eisenbahner-Verbandes mit dem Süddeutschen Betriebspersonal-Verband übernommenen Mitglieder des Betriebspersonals künftig im Verbande verbleiben sollen, oder aber einer anderen beruht für die Postverwaltung vorhandenen Organisationen zugeführt werden sollen. Ebenso kritisch ist auch die Frage der Organisationszugehörigkeit der Privatbahnarbeiter.

Die Generalversammlung hat also ein reichhaltiges Programm zu erledigen. Sie soll das Agitations- und Organisationsgebiet des Verbandes umgrenzen und außerdem neue Waffen schmieden zur Führung der künftigen großen Kämpfe. Mögen die Hoffnungen, die die Eisenbahner in das Dresdener Verbandsparlament setzen, Erfüllung geben.

Über die Verhandlungen werden wir berichten.

Gewerkchaftliches

Aus der Praxis des Demobilisierungskommissars

Die Klagen über die eigenartige Stellungnahme des Demobilisierungskommissars wollen nicht abreißen. Es ist bereits mehrfach festgestellt worden, daß die Verbindlichkeitsklärung von Schlichtungsprüfungen sehr schnell zu erreichen ist, wenn es sich um Schlichtungsprüfungen handelt, die zu Ungunsten der Arbeitnehmer ausgefallen sind. Richten sich Schlichtungsprüfungen aber gegen die Arbeitgeber, dann werden langwierige Verhandlungen gepflogen, Untersuchungen angestellt, und es vergehen Wochen und Monate, ehe eine Entscheidung des Demobilisierungskommissars erfolgt. Einmalig wurde ein derartiger Fall in der Wäschebranche einer Kritik unterzogen.

Neuerdings sind es andere Entscheidungen des Demobilisierungskommissars, die Bestreben erregen und zu energischen Protesten herausfordern. So hat der Demobilisierungskommissar entschieden, daß Rechtsanwälte als Generalbevollmächtigte beim Schlichtungsausschuß als Vertreter der Parteien zugelassen werden.

Bei der Schaffung der Kaufmanns- und Gewerbevereine ist man von dem Gedanken ausgegangen, eine schnelle Rechtsprechung insbesondere dadurch zu garantieren, daß man Juristen von der Parteirechtungsbeurteilung ausgeschlossen hat, um dem Laienelement den ausschlaggebenden Einfluß zu gewährleisten und vor allem dem Klagen möglichst schnell zu ihrem Recht zu verhelfen. In Konsequenz dieses Standpunktes sind Rechtsanwälte auch als Vertreter vor den Schlichtungsausschüssen zugelassen worden. Neuerdings hat nun der Demobilisierungskommissar entschieden, Rechtsanwälte als „Generalbevollmächtigte“ sind zum Schlichtungsausschuß als Vertreter zugelassen. Gegen diese Entscheidung müssen wir allerhöchsten Einspruch erheben, weil es damit jedem Parteimitglied möglich ist, durch Entstellung von Generalbevollmächtigten, Rechtsanwält mit der Führung ihrer Klagen vor dem Schlichtungsausschuß zu beauftragen. Es muß Aufgabe der vorgelegten Beschränkung des Demobilisierungskommissars sein, diese Entscheidung schnellstens aufzuheben.

Eine andere Entscheidung des Demobilisierungskommissars trifft die Verordnung vom 12. Februar 1920. Danach soll laut § 12 eine Entlassung erst stattfinden, wenn dem Arbeitnehmer eine Streckung der Arbeitszeit durch Herabsetzung derselben unter 8 Stunden pro Woche nicht zugemutet werden kann. Bei der Entlassung muß der Arbeitnehmer, die zu entlassen sind, soll Lebensunterhalt, Familienstand usw. berücksichtigt werden. Der

Demobilisierungskommission hat nunmehr neuerdings entschieden, daß die Verordnung vom 12. Februar 1920 so auszulegen sei, daß man dem Unternehmer die Fortbeschäftigung der Angestellten, die er zu entlassen beabsichtigt, nur dann zumuten könne, wenn der Angestellte sämtliche vorkommenden Arbeiten verrichten kann. Das ist eine Auslegung, die den Arbeitnehmern ermöglicht, jeden Angestellten zu entlassen, weil er immer in der Lage sein wird, zu behaupten, daß bestimmte Arbeiten von den betreffenden Angestellten nicht geleistet werden können und infolgedessen die Fortbeschäftigung nicht in Frage kommt. Wir sehen auch hier das Bestreben, bestehende gesetzliche Vorschriften einseitig zu ungunsten der Arbeitnehmer zu verändern und erheben auch gegen diese Auslegungsmethode den schärfsten Einspruch.

Die Angestellten müssen aber daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß das ganze Schlichtungsverfahren bei derartigen Auslegungen wertlos wird und daß sie letzten Endes ihre berechtigten Interessen nur auf dem Wege des Kampfes durch die freien Gewerkschaften wahrnehmen können.

Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter

In der am Dienstag stattgefundenen Funktionärerversammlung der Brauereiarbeiter Groß-Berlins verhandelte die Lohnkommission mit den Arbeitgebern. Die Organisationsleiter und die Lohnkommission machten in dieser Verhandlung nochmals geltend, daß die Brauereiarbeiter sich mit dem Angebot der Arbeitgeber, 150 M. Wirtschaftsbefehle für die Zeit vom 1. Juli bis 31. August und ab 1. September d. J. eine wöchentliche Lohnzulage von 15 M. nicht einverstanden erklären können. Erstens aus wirtschaftlichen Gründen, da die Arbeiterkraft in den Brauereien infolge der teuren Lebenshaltung eine höhere Lohnzulage unbedingt benötigen, zum anderen müssen sich die Brauereiarbeiter Berlins im Interesse ihrer Kollegen im Reich dagegen wehren, in der Lohnhöhe hinter mittleren Städten in der Provinz zurückzufallen. Im Hinblick auf die allerersten gewünschte Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Friedens könne den Arbeitgebern nicht dringend genug empfohlen werden, dem Schlichtungsprozess des Schlichtungsausschusses beizutreten. Nachdem die Arbeitgeber ihren ablehnenden Standpunkt begründet hatten, zogen sie sich zu einer Sonderberatung zurück. Das Ergebnis der Beratung war folgendes:

1. Die Arbeitgeber in Berliner Brauereigewerbe erhöhen die Löhne für gewerbliche Arbeitnehmer ab 1. September d. J. um 25 M. wöchentlich.
 2. Die Bezüge der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer werden schiffelgemäß hiernach erhöht. Die rechnerische Feststellung geschieht durch die eingeleitete Unterkommission.
 3. Der Satz für Ueberstunden erhöht sich im Verhältnis zu der entsprechenden Lohnsteigerung für Ueberstunden, die ab 1. September d. J. geleistet werden.
 4. Eine Erhöhung der freiwilligen Leistung aus dem Abkommen über § 618 B.G.B. findet aus Anlaß dieser Lohnsteigerung nicht statt.
 5. Zum Ausgleich der Lohnunterschiede für die Monate Juli und August wird allen männlichen Brikettarbeitern eine Wirtschaftsbefehle von 150 M. gezahlt; diese gelangt anteilig auch an weibliche und jugendliche Arbeitnehmer, sowie an Bisse, die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. August d. J. in Arbeit standen, zur Ausgleichung.
 6. Die Zahlung der Wirtschaftsbefehle und der neuen erhöhten Lohnbeträge erfolgt erstmalig an den Lohntagen der nächsten Woche, die Zahlung der Ueberstundendifferenzen an den Lohntagen der übernächsten Woche.
- Die Versammlung stimmte nach längerer Debatte dem Antrag zu, das Angebot der Arbeitgeber anzunehmen. Einstimmig gelangte noch folgender Antrag zur Annahme:
- Es wird beantragt, bei der Festsetzung des Lohnabkommens die Zustimmung aufzunehmen, daß die Zulagen und Wirtschaftsbefehle nur an solche Arbeitnehmer zu zahlen sind, die einer der tarifschließenden Arbeitnehmerorganisationen angehören.

Lohnbewegung im Hotels- und Restaurationsgewerbe

Die in Hotels, Gastwirts- und Restaurationsbetrieben Beschäftigten nahmen kürzlich in einer Versammlung Stellung zum neuen Lohnvertrag. Die in dem Wirtschaftsbefehl und Heizerverband schilberte die Verhältnisse im Gewerbe, die nach der Revolution zur Gründung eines Kartells geführt haben, dem jetzt bereits 11 Organisationen angehören. Der Redner führte weiter aus, daß, nachdem die Tarifgeber abgelehnt seien, die Angestellten nunmehr wirtschaftlich so hoch gestellt werden müssen, wie es die heutigen Verhältnisse erfordern.

Hierauf wurde der neue Tarif bekannt gegeben und auch der Geltungsbereich, der sich über das neue Groß-Berlin erstreckt. In der Diskussion wurde moniert, daß bei Verhandlungen keine Ausbitten gestellt werden und somit den anderen Kollegen zugunsten wird, mehr Arbeit zu leisten. Der Manteltarif wurde dann ohne Widerspruch angenommen, ebenso nach längerer Debatte die von der Kartelleitung vorgeschlagenen Lohnsätze, jedoch mit einigen Abänderungen. Die Lohnsätze bewegen sich zwischen 25—75% Anstieg auf die bis jetzt gezahlten Beträge. Es wurde ganz besonderer Wert darauf gelegt, daß die am schlechtesten Bezahlten sich den Bestbezahlten möglichst nähern.

Weiterführung des Kampfes gegen den Lohnabbau in der Bau- und Grabmalbranche

Seit dem 12. August d. J. befinden sich die Steinarbeiter der Bau- und Grabmalbranche im Abwehrkampf. Bis heute hat sich in dieser Sache nichts geändert. Die Kollegenchaft steht fest zu ihrem Verband und den gestellten Forderungen: Beibehaltung des alten Lohnsatzes von 7,50 M., statt, wie die Unternehmer wollten, Verbilligung desselben auf 6,50 M.

Die Lebenslage und die Lebensmittelpreise gestatten einen Abbau der Löhne noch nicht und die Arbeitnehmer schließen sich dem Spruch des Schlichtungsausschusses vom 7. August an.

In letzter Zeit sehen es, als ob den Arbeitnehmern durch die auf sie drückenden Auftragsgeber daran gelegen wäre, mit und in Verhandlungen zwecks Einigung und Regelung der Streitangelegenheiten in einem friedlichen Abgleich zu gelangen.

Weit gefehlt. Zwar ersuchten dieselben am 2. September die Verbände- und Streikleitung um Beendigung des Abwehrkampfes.

Wir waren auch gewillt im Interesse unserer Sache etwas Gutes zu schaffen.

Drei größere tonangebende Firmen bewilligten dann auch die Weiterzahlung des alten Stundenlohnes auf der Grundlage eines Tarifabschlusses bis 1. Oktober.

Diese Brückenschaltung lehnten wir ab und erzielten dann in einer nochmaligen Aussprache eine Zusage auf Verlängerung des Vertrages bis 31. Dezember.

Diese augenscheinlich glückliche Lösung wogte aber den anderen mitbestimmenden Firmen nicht und die Einigungsverhandlungen scheiterten.

Daraus erfahren wir, daß es den Herren nur darum lag, die eiligen Arbeiten fertig gestellt zu sehen, um die Kollegen dann nach dem 1. Oktober, also nach den gewünschten Tarifabschlüssen wieder zu entlassen und von neuem eine Lohnzulage vorzunehmen.

Unser Kampf geht also weiter! Jetzt glauben nun die notorisch unter Arbeitsmangel leidenden Meister ihre Herrn Kollegen, bei denen Ausfälle vorliegen, durch Ausschlußarbeit unterstützen zu müssen.

Unsere Kollegen und die gesamte Arbeiterkraft Groß-Berlins bitten wir darauf achten zu wollen, wer da arbeitet, wer Grabdenkmäler behaut und auf den Friedhöfen aufstellt; alle solche Fälle im Verbandsbureau Engelauer 15, Zimmer 7, melden.

Wir werden dann in nächster Zeit eine Liste dieser „arbeitlosen Meister“, die zum größten Teil ihre Geschäfte in Arbeiterbetrieben haben und nun bei ihren Herren Kollegen Streikarbeit verrichten, bekanntgeben und erwarten die Steinarbeiter Groß-Berlins, daß berufsmäßig und erwartend die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung in dieser Angelegenheit die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung Groß-Berlins sich dementsprechend äußern wird.

Jedermann frage nach der klaren Arbeiterbewegung, die in der Stadt steht.

Wer diese nicht hat, ist Streikführer oder solcher wieben gekennzeichnete „Meister“.

Der Kampf wird voraussichtlich noch hart. Hoch die Solidarität! J. A.: Die Streikleitung.

Streik im Gummi-Abbestwerk W. Reinhold, Reinickendorf

Der Streik in den Abbestwerken W. Reinhold, Reinickendorf, Groß-Röders-Allee, dauert in der letzten Woche unverändert fort. Trotz der größten Anstrengungen ist es der Firma bisher nicht gelungen, brauchbare Arbeitskräfte zu erhalten. Um allen falschen Informationen zu begegnen, ist darauf hingewiesen, daß der Streik seitens der unterzeichneten Organisation wegen M a f r e g e l u n g des Betriebsrats geführt wird.

Arbeiter und Arbeiterinnen, unterstützt die Streikenden in ihrem schmerzlichen Kampf! Halte jeden Zugang fern! Schützt eure Betriebsräte. Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Achtung! Klempner!

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Klempner in eine Lohnbewegung eingetreten sind und daß alle Arbeiten, die von unseren Kollegen an Rohrleitungen ausgeführt werden sollen, Streikarbeit sind und deshalb unter allen Umständen verweigert werden müssen. Die Kollegen, welche aus diesem Grunde entlassen werden, erhalten Streikunterstützung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Arbeitslosenkommissionen sämtlicher freigewerkschaftlicher Verbände. Sitzung am Sonnabend, den 11. September, vormittags 10 Uhr, im Gemeinschaftshaus, Engelauer 15, Saal 10.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer sowie Berufs-genossen Deutschlands, Geschäftsstelle Groß-Berlin. Da die Wahl des Delegierten zur Reichskonferenz aus triftigen Gründen am Sonntag, den 12. September, nicht stattfinden kann, wird ersucht, daß sämtliche Betriebsräte am Mittwoch, den 15. September, abends 5 1/2 Uhr, in der Stechbierhalle des Gemeinschaftshauses erscheinen, wofür die Wahl vorgenommen wird.

Die Ortsverwaltung.

Groß-Berlin

Aus der Stadtverordneten-Versammlung

Die alte Berliner Stadtverordnetenversammlung trat gestern noch einmal zu einer Sitzung zusammen. Die Versammlung genehmigte zuerst nachträglich den Etat der städtischen Güter und der Herrschaft Panke, der einem Ausschuss zur Beratung überwiesen war, nachdem unsere Genossin Wegl in einer früheren Sitzung eine Reihe von Mängelnden auf den städtischen Gütern aufgedeckt hatte.

Es kam dann ein Antrag Dr. Wegl und Genossen zur Erhöhung der Entschädigung für die Besitzer der Mietseinkommensämter zur Verhandlung. Auch dieser Antrag hat einem Ausschuss vorgelegen, der eine Aufwandsentschädigung von 9 Mark vorschlägt neben einer Entschädigung für nachweislich entgangenen Lohn, jedoch nicht über den Betrag von 6 Mark pro Stunde hinaus.

Genosse Hünke verteilte für unsere Fraktion den Antrag, eine feste Aufwandsentschädigung von 25 Mark pro Sitzung zu zahlen, um den Angestellten und Arbeitern, die das Amt eines Besitzers im Mietseinkommensamt bekleiden, das Unangenehme und Entwürdigende zu ersparen, das mit dem Nachweis des entgangenen Verdienstes verbunden ist.

Die Versammlung lehnte jedoch den Antrag unserer Genossen ab, so daß in Zukunft alle Angehörigen der schaffenden Berufe, wenn sie Besitzer im Mietseinkommensamt sind, ihren Arbeitgeber um eine Bescheinigung über den entgangenen Verdienst angehen müssen.

Ein Antrag Barowski auf Fortführung des Baues der Schnellbahn Nord-Süd wird zurückgezogen, weil der Bau inzwischen begonnen hat.

Genosse Dr. Weinberg benutzte einen Antrag unserer Fraktion auf beschleunigten Ersatz des auf Grund des Dreifachwahl-systems organisierten Wohnungsverbandes durch eine den Interessen der Groß-Berliner Bevölkerung entsprechende Organisation, um mit dem reaktionären Wohnungsverband in temperamentovoller Weise abzurechnen und die grauenhaften Wohnungsnot der Berliner Bevölkerung zu schilbern, die nach Hilfe gerabegut schreien.

Der Herr Oberbürgermeister hielt es für ganz selbstverständlich, daß nach Organisation der neuen Berliner Stadtgemeinde diese Rechtsnachfolger des Wohnungsverbandes werde, indem aus diesem die Teile ausgegliedert seien, die zu Teltow-Beestow und Nieder-Barnim gehören. Die Regierung habe eine solche Regelung bereits vorgezogen.

Es folgte dann noch die Erledigung einer Reihe von Vorlagen in geschlossener Sitzung.

Für die Kommunalisierung der Feuerweh

In den Sophienhallen tagte Donnerstag eine Versammlung der Feuerwehrbeamten Groß-Berlins, um gegen die Ratschläge einiger Beamten Stellung zu nehmen, die darauf ausgehen, die Feuerweh dem Einfluß der Stadtverwaltung zu entziehen. Der Referent Müller besprach die Verlegung eines Automobils von der Hauptwache nach dem durchaus unzulänglichen Gebäude in der Mauerstraße, durch die man den Beweis erbringen will, daß es notwendig sei, in dieser Gegend eine neue Wache zu errichten. Ohne Rücksicht auf die Kosten und die Zweckmäßigkeit, soll auch der modern eingerichtete Zug 12 auseinandergerissen werden. Das zeigt, wie notwendig es ist, die Feuerweh in städtische Verwaltung zu bekommen. Der Branddirektor Reichel arbeitet insbesondere dahin, die Feuerweh unter das Polizeipräsidium zu bringen, unter dem Vorwand, die Disziplin würde unter der städtischen Verwaltung leiden. Wenn die künftige Gemeinde noch mehr solcher Leute in Wirklichkeit läßt, wird sie bald zusammenbrechen. Wir hoffen, daß die Stadtverwaltung diese Pläne hintertreiben und die Feuerweh übernehmen wird.

Genosse Stadtverordneter Leid, der als Gast anwesend war, führte aus: Die Stadt hatte bisher nur die Rechnungen der Feuerweh zu bezahlen, zu bestimmen hatte nur der jeweilige Branddirektor. Die Mannschaft wurde in einer Disziplin gehalten, die schon gar nichts mit dem Völkchen zu tun hatte. Familiendrücker wurden von den Offizieren als Dienstmädchen benutzt und eine Günstlings- und Schmarotzermethoden eingerichtet, um die Mannschaft zu demoralisieren. Wir haben immer die Uebernahme der Berliner Feuerweh in städtische Verwaltung gefordert, aus politischen Gründen; als Instrument zur Wiederherstellung der Arbeiter sollte die Feuerweh staatslich und königlich bleiben. Wären die Verhandlungen in letzter Zeit mit genügender Energie geführt worden, könnte die Feuerweh heute schon staatslich sein. Die Regierung war bereit, die Feuerweh der Stadt zu übergeben, die schleppende Behandlung der Angelegenheit durch den städtischen Deputierten hat das hintertrieben. Nun will man die städtischen Feuerwehren der Vororte staatslich machen, um sie angeblich über diesen Umweg wieder unter städtische Verwaltung zu nehmen. Die Leute, die bisher unumschränkte Herren waren, wollen von ihrem Herrenstandpunkt nichts preisgeben. Ich wünsche, daß Ihre Bestrebungen den besten Erfolg haben.

In der Diskussion wiesen die Vertreter der Feuerwehren von Schöneberg, Neukölln, Lichtenberg und Charlottenburg, den Vorwurf zurück, daß die städtischen Feuerwehren keine Disziplin hätten und erklärten ihre Zustimmung und Solidarität für die eingeleitete Aktion, die, wenn notwendig, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchgeführt werden soll. Die Stadt müsse Einsicht gewinnen auf die Verwendung der Millionen, die das Feuerlöschwesen erfordert. Es wurde eine Deputation gewählt, die dem Oberbürgermeister W e r m u t h die Wünsche der Beamten vorzutragen soll. Des Weiteren wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Die Feuerwehrbeamten von Groß-Berlin erheben den schärfsten Protest gegen die geplanten und durch geheime Verhandlungen fast zur Tatsache gewordenen Verstaatlichung der Feuerwehren von Groß-Berlin. Sie können in der geplanten Verstaatlichung nur

den Versuch erblicken, die durch die letzten Stadtverordnetenwahlen freihändig gestaltete Stadtverwaltung auszuhebeln und die Beamten der Feuerwehren wieder zu der militärischen, rechtslosen Organisation zu machen, die sie vor der Revolution war. Sie erklären, daß sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln diesen Versuch, ihre Revolutionsrechte zu vergeblichen, bekämpfen werden und fordern die gesamte freihändig gewählte Bürgerwehr auf, die Feuerwehren in diesem Kampfe zu unterstützen und richten besonders an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung des neuen Berlin den Appell sich nicht des Bestimmungsrechtes über die Feuerwehren von Berlin zu entäußern, sondern der Forderung der Feuerwehren auf Uebernahme in den Kommunaldienst die größte Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Die Lehrerschaft für die weltliche Schule

Gegen die Anstellung unseres Genossen Dr. Löwenstein als Stadtschulrat für Groß-Berlin machen alle reaktionären Elemente Front; vor allem, weil Löwenstein für die weltliche Schule eintritt. Daß die weltliche Schule aber nicht nur von Sozialdemokraten gefordert wird, sondern auch von Pädagogen, die sich unabhängig von der Kirche fühlen, sollte den Rädern auch bekannt sein. Wenn nicht, dann können wir ihnen mitteilen, daß erst kürzlich das Kollegium der 208. Gemeindefschule, Gesundheitsbrunnen, Gothenburger Straße, sich in amtlicher Konferenz mit neun von 14 Stimmen für die weltliche Schule entschied und sich an den Eisenbeirat mit der Bitte wandte, bei eventueller Errichtung einer weltlichen Bezirksfchule auf dem Gesundheitsbrunnen hierzu die 208. Gemeindefschule in Aussicht zu nehmen.

Der Eisenbeirat will dem Wunsche des Kollegiums gern nachkommen und entsprechende Schritte unternehmen. Wir hoffen aber, bald noch mehr solche Entscheidungen zu vernehmen, um der weltlichen Schule zu ihrem Siegeszuge zu verhelfen.

Arbeiter-Bildungsschule. Stadtverordnete, Bezirksverordnete und kommunale Kommissionen Groß-Berlins. In der Aula des Königl. Gymnasiums, Infanterie, beginnt am Mittwoch, den 15. September, abends 7 Uhr, die Vortragsreihe für kommunale Fragen. Genosse Dr. Wegl spricht über Gesundheitswesen.

Die Stadtbibliothek wird ihres bevorstehenden Umzugs wegen ihre Bücherausgabe am 14. September, abends 9 Uhr, auf etwa 6 Wochen schließen. In dieser Zeit können keine Bücher verliehen werden. Der Lesesaal bleibt bis auf weitere Anordnung noch offen. In ihm wird eine Stelle eingerichtet werden, die vom 15. September ab wöchentlich von 10—3 Uhr geöffnet sein wird, um die bis zum 14. September verliehenen Bücher anzunehmen.

Das erste Sonntagskonzert des Bläser-Orchesters findet am Sonntag, den 19. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Bläseraal statt. Dirigent: S. Renowitz. Karten sind zu haben in den bekannten Vorverkaufsstellen.

Heimkehrer! Alle Heimkehrer von Groß-Berlin werden erneut darauf hingewiesen, daß die Anträge auf Gewährung einer wirtschaftlichen Beihilfe nach der Verfügung Nr. VIII 423 vom 20. 8. 20 der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene für bereits vor längerer Zeit beigelegte ehemalige Kriegsgefangene bis spätestens 1. Oktober d. J. bei der in Frage kommenden Kriegsgefangenenheimkehrstelle eingereicht sein müssen. Heimkehrer, die in letzter Zeit zurückgekehrt sind, müssen ihre Anträge spätestens drei Monate nach Rückkehr bei der zuständigen Kriegsgefangenenheimkehrstelle ihres Wohnortes abgegeben haben, da sonst jede weitere Bearbeitung ihrer Anträge abgelehnt wird.

Die Reichsbanner Waldverholungsstätte Königsheide wird bereits am 26. September d. J. für den Besuch geschlossen, da eine Ausrechterhaltung des Betriebes in den Wintermonaten nicht erfolgt. Die ungünstige Witterung der letzten Tage hat zwar die Besuchsziffer merklich beeinträchtigt, jedoch besteht immerhin die Tatsache, daß sich die Einrichtung, insbesondere während der großen Ferien, eines über alle Erwartungen hinausgehenden Zuspruchs erfreut. So war es zeitweise nicht möglich, die vorliegenden Meldungen sämtlich zu berücksichtigen.

Ein wichtiger Fund, der wahrscheinlich mit dem Verbrechen in Grunewald in Verbindung steht und zu dessen Aufklärung viel Licht einen wesentlichen Anhalt gibt, wurde auf dem Flur des Hauses Schönhauser Allee 82 gemacht. Dort sah gestern Abend ein Postbeamter eine große gefüllte Leiste liegen. Er hob sie auf, entdeckte darin blutige Kleidungsstücke und übergab sie mit ihrem Inhalt der Kriminalpolizei. Sie enthält eine schwarze Bluse ein Paar Damenstrümpfe und 2 Damenhandschen. Die beiden Demden und die Strümpfe sind stark mit Blut besudelt.

Eine große Verschlebung von Brotharten nach Weihensee, wobei es sich um einen schwunghaften Kettenhandel gehandelt zu haben scheint, ist durch die Oberstaatsanwalt Kriminalpolizei ausgeklärt worden. Es gelangte zur Kenntnis der Behörde, daß eine ganze Reihe in Oberstaatsanwalt wohnender Personen Bekanntschaft in großer Zahl in Weihensee bei dortigen Geschäftleuten unterbrachten. In der Sache ist ein junger Gemeindefschullehrer, ein früherer Bäckereimeister J., ein Dreher Leopold Sch., ein Pole namens Rosenzweig, und ein Großgroßhändler in Weihensee beteiligt. Rosenzweig ist als Haupttäter dem Amtsgericht Cöpenick zugeführt.

Zeugen, die am Dienstag, den 27. Juli d. J., vormittags 9—11 Uhr, gesehen haben, wie in der Neuen Schönhauser Straße, an der Mühlstraße, ein alter Mann durch ein Gemälschwert umgestoßen und überfahren wurde, werden um ihre Adresse gebeten an Müller, K.W. 21, Embener Straße 55.

Am Jugendtage ist ein Jodel gefunden worden. Dasselbe befindet sich im Jugendsekretariat, Königsberger Straße 7.

Aus den Organisationen

Verbandsrat Berlin-Brandenburg, Agitation- und politische Kommission. Sonnabend, 5 Uhr, in der Poststraße, 3. Obergeschoss, 3. Kulturversammlung (siehe über Kommissionsmitglieder, Tagesordnung: Die 2. Internationale, Anwesenheit mitbringen).

Regier. Teltow-Beestow. Dienstag, den 14. September, abends 6 Uhr, im Verein der Gewerkschaften, Engelauer 15, Saal 3, Verhandlung über die Aufnahme der Urwahl der Delegierten zum Bezirksrat. Vertretung: Jede Ortsgruppe muß durch mindestens ein Beauftragtes vertreten sein.

Verwaltungsbezirk 13. Sonnabend, den 11. September, abends 7 Uhr, im Saal des Reichs, Reichsminister 6, Sitzung der kommunalen Kommissionen, die vom Senat und Bezirksverordneten und der Polizeiregierungsstellen.

Bezirksrat des Alt-Berliner Groß-Berlins. Freitag, 6 Uhr, wichtige Sitzung in der Arbeiter-Bildungsschule.

19. Kommunalwahlbezirk. Freitag, 7 1/2 Uhr, im Rathaus in Sieglitz Sitzung des Stadt- und Bezirksverordneten des 19. Wahlbezirks.

1. Bezirk. Wohnungscommission. Sitzung Sonnabend, 7 Uhr, bei Frau Bergmannstr. 17.

12. Bezirk. Freitag, den 10., abends 7 Uhr, öffentliche Eisenversammlung, in der Schulaula, Huppelallee 41-42, Tagesordnung: Gegen die Rechtskommission der Reichsbanner, Referent: Gen. Lecher Berg.

16. Bezirk. Freitag, 7 Uhr, zwei Verhandlungen in der Aula der Schule Charlottenburg, 14 und im Kaiser-Waldweg, Reichswehr 64e, Völkchenstraße, Tagesordnung: Die Rechtskommission der Reichsbanner.

Charlottenburg. Kommunale Kommission, Bez. und Stadtverordnete und kommunale Arbeitererrat. Sitzung am Sonntag vormittags 9 Uhr, im Rathaus, Sitzungssaal 1.

Königsheide. Ortsrat U. S. V. Heute abend nicht 6 1/2 Uhr, sondern 6 Uhr pünktlich.

Waldverholungsstätte. Gemeindefschullehrer, Freitag, 7 1/2 Uhr, bei Waldverholungsstätte, wichtige Sitzung des Delegierten und Betriebsrats.

Waldverholungsstätte. Kommunale Kommission, Waldverholungsstätte, Sitzung Sonnabend, 6 Uhr, bei Waldverholungsstätte, wichtige Sitzung des Delegierten und Betriebsrats.

Waldverholungsstätte. U. S. V. Ortsrat, gewählte und nichtgewählte. Sonnabend, 6 Uhr, Sitzung des Ortsrats.

Verinskalender

„Angeleitete Spektre der Arbeit.“ Heute, Freitag, vormittags 10 Uhr, Neuauflage in der Arbeiter-Bildungsschule, Schillerstr. 54.

Zentralverband der Arbeiter. Versammlungen am Freitag: Nachgruppe 11 (Wohngebiet der Spandauerstraße); Mitgliederversammlung 7 Uhr, Verband.

Die Goldkronen beginnt wieder und hat bereits Preissteigerungen zur Folge zu sehen. Infolge erhöhter Nachfrage verbleibt

garant. 20 Kar. Goldkronen 75.—

Bahnverlag in edlem Kaufhaus der Bahn von 5.— an

Zahn-Praxis B. Wolff, Charlottenburg
Berliner Straße 110, am Büchsen-Platz.

